

Pressemitteilung

#Lützibleibt – Bundesjugendwerk der AWO schließt sich Solidaritätsbewegung an

Lützerath stellt einen Schandfleck unter vielen in den Klimabestrebungen der deutschen Politik dar. Das Bundesjugendwerk der AWO stellt sich wie viele weitere Kinder- und Jugendverbände gegen die Interessen eines geldgierigen Energiekonzerns. Es ist lächerlich zu behaupten, es ginge um die Energiesicherheit in Deutschland. Mit der Räumung von Lützerath wird lediglich das Interesse von RWE vertreten, bis 2030 hohe Gewinne mit unregulierter Kohleenergie zu erwirtschaften.

Perspektiven für Arbeitnehmende schaffen!

Zu einer Entscheidung gegen etwas gehört auch immer ein Transformationsprozess. Die Planung eines solchen entscheidet maßgeblich darüber, ob die Folgen einer Entscheidung positiver oder negativer Art sind. So muss für die langfristige Sicherung der Energieversorgung in Deutschland nicht etwa ein weiteres Dorf abgebaggert werden, sondern nachhaltig in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert werden. Statt klimaschädliche Kohle zu subventionieren, sind weitere Investitionen in die erneuerbaren Energien zu beschließen. Um die Kumpel im rheinischen Revier auch in der Zukunft beschäftigen zu können, braucht es nun eine lokale Strukturförderung mit Blick auf Windkraft und kein weiter so! Zudem braucht es verbindliche politische Versprechen, um den Arbeitnehmenden im Revier in diesen turbulenten Zeiten zur Seite zu stehen.

Friedlicher Aktivismus gehört zu einer gesunden Demokratie!

Unterdessen, den Aktivismus in Lützerath als gewalttätig zu verurteilen, widerspricht der Realität. Tausende Menschen durchbrachen am Samstag zwar Polizeiketten, hatten hierbei aber größtenteils nie das Interesse, Beamte zu schädigen. Wer den Protest als gewalttätig bezeichnet, leugnet die Realität und versucht, politisch abzulenken.

Polizeigewalt ist auch in Lützerath inakzeptabel!

Im Internet sind dieser Tage immer mehr Videos zu sehen, in denen Menschen von Polizeikräften attackiert werden. Dass Teile der Polizei in einer derartigen Gemengelage mit Schlagstöcken bewaffnet in eine Menschenmasse rennen, ist inakzeptabel. Dieses Verhalten ist das Gegenteil von Deeskalation. Auch der Ausschluss der Presse von bestimmten Gebieten innerhalb von Lützerath ist inakzeptabel. Die Pressefreiheit ist ein Verfassungsrecht und muss auch in schwierigen polizeilichen Einsätzen gewährleistet werden. Alles andere verschleiert unnötige Gewalt von Polizeikräften.

Bundesjugendwerk der AWO e.V. • Michaelkirchstr. 17/18 • 10179 Berlin

Schluss mit Scheinheiligkeit: Lützerath muss bleiben!

Der öffentliche Druck wächst weiter, doch die Landesregierung von NRW hält weiterhin die Füße still. Politische Ausreden von „Wir hätten es uns auch anders gewünscht“ [1] bis „Es ist schon alles gerichtlich entschieden“ [2] sind scheinheilig und dienen lediglich dem Zweck, den fehlenden politischen Ehrgeiz in dieser Sache zu verdecken. Das spricht gegen die deutschen Klimaziele und somit gegen jegliche Interessen von Kindern- und Jugendlichen. Es ist uns also vor allem eines wichtig: Viel politisches Engagement von allen Seiten. Die Kohle unter Lützerath darf von RWE nicht abgebaggert werden!

Nehmt an Demos Teil!

Weil Demokratie Aktivismus braucht und Kinder- und Jugendliche eine klimagerechte Zukunft verdienen, ruft das Bundesjugendwerk der AWO e.V. hiermit seine Mitgliedsgliederungen und weitere Jugendverbände dazu auf, an Demonstrationen für Lützerath teilzunehmen oder selbst Aktion zu diesem Thema zu gestalten.

[1] NRW-Wirtschaftsministerin Neubauer, Reuters

[2] NRW-Ministerpräsident Wüst, Süddeutsche Zeitung

Das Bundesjugendwerk der AWO e.V. ist der eigenständige Kinder- und Jugendverband der Arbeiterwohlfahrt, der seine Aufgaben vor allem in der außerschulischen Bildung und der politischen Interessenvertretung sieht. Es besteht aus Bezirks- und Landesverbänden und ist anerkannter Träger der Jugendhilfe sowie Mitglied im Deutschen Bundesjugendring. In der Arbeit des Bundesjugendwerks stehen vor allem die verschiedenen Lebenslagen, Interessen und Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vordergrund.